

Freiberger Anzeiger und Tageblatt.

Amtsblatt für die königlichen und städtischen Behörden zu Freiberg und Brand.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Braun in Freiberg.

№ 289.

Erscheint jeden Donnerstag Nachmitt. 5 Uhr für den andern Tag. Preis vierteljährlich 2 Mark 25 Pf., zweimonatlich 1 Mark 50 Pf. und einmonatlich 75 Pf.

88. Jahrgang.
Sonntag, den 13. Dezember.

Inserate werden bis Vormittag 11 Uhr angenommen und beträgt der Preis für die gespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pf.

1885.

Die Woche.

Die deutschen Reichstagsabgeordneten begrüßen diesmal die Weihnachtsferien mit besonders hoher Befriedigung, da ihnen der in der stillen Häuslichkeit waltende Frieden nach den heftigen parlamentarischen Kämpfen der letzten Zeit Erholung und Kräftigung für die ihrer noch harrenden Arbeiten verspricht. Die jetzt vorhandenen Parteiverhältnisse erweisen sich mehr und mehr unerträglich und doch ist noch gar nicht abzusehen, wie sich dabei eine Wendung zum Besseren vollziehen kann. Es ist zwar kein bestimmter Anhalt dafür vorhanden, daß die Auflösung des Reichstages zu den nächsten Absichten des Fürsten Bismarck gehört; dennoch wird von vielen Seiten eine solche Eventualität ernsthaft in's Auge gefaßt. Darüber ist jedenfalls kein Zweifel, daß der deutsche Reichskanzler den jetzigen Zeitpunkt als geeignet erachtet, die Regierungspolitik auf die Unterstützung der Mittelparteien zu begründen. Durch seine letzten Reden und den Ton seiner Pressorgane ist nicht nur das Nichtschluß zwischen ihm und dem Zentrum, sondern auch zwischen ihm und den unter dem Banner der „Neuen Preussischen Zeitung“ stehenden preussischen Hochkonservativen zerschnitten worden. Die dem Zentrum dienende Presse hat dafür gesorgt, den Gegensatz noch weiter zu verschärfen und den Bruch unheilbar zu machen. Andererseits richten sich die Nationalliberalen bereits darauf ein, sich in eine Regierungspartei umzuwandeln und haben damit den Anfang gemacht, daß sie beschließen, den Antrag der Konservativen auf Einführung fünfjähriger Legislaturperioden zu unterstützen. Von deutsch-freisinniger Seite wurde ihnen deshalb vorgehalten, daß der nationalliberale Führer Dr. Miquel im Jahre 1867 die langen Legislaturperioden bekämpfte, um nicht die Regierungsgewalt allzusehr zu erweitern. Inzwischen haben sich freilich die Ansichten über die Häufigkeit der Wahlen überall geändert und sieht man in allen Kreisen, die nicht zur entschiedenen Opposition gehören, eine Verlängerung der Legislaturperiode nicht mehr als eine Verstümmelung der Reichsverfassung an, sondern als eine harmlose Abänderung, die einer fast ununterbrochenen Wahlrotation die Spitze abbricht. Von den Sozialdemokraten, die wiederholt offen eingestanden, daß für ihre Zwecke die Arbeit innerhalb des Reichstages weniger ersprießlich sei als diejenige vor den Reichstagswahlen, war ein Widerspruch gegen eine Verlängerung der Legislaturperiode selbstverständlich. Der dahin zielende Antrag des Abg. v. Hellendorff wurde aber im Verlaufe der Debatte auch von dem Zentrumsführer Windthorst bekämpft und als eine Vorstufe zur Beschränkung des allgemeinen Wahlrechts bezeichnet, ohne daß derselbe eine solche Verächtlichkeit zu begründen versucht hätte. Eigenthümlich berührte es, daß der freisinnige Abg. Ridert sich mit ungewöhnlicher Wärme des Zentrums annahm und behauptete, daß alle gegen diese Partei gerichteten offiziellen Angriffe eigentlich der mit derselben jetzt verbundenen deutschfreisinnigen Partei gälten.

Am Freitag begann im Reichstage die zweite Beratung des Militäretats. Die Budgetkommission, welcher derselbe überwiesen war, hat bei den dauernden Mehrforderungen, um welche es sich im Plenum zunächst handelt, erhebliche Abstriche vorzuschlagen beschlossen; bei den beiden hier in Betracht kommenden Hauptposten, den Kommandozulagen für die Offiziere und der Verstärkung der Kasernation für die Militärpferde, hat sie nur ungefähr ein Viertel des geforderten Mehrbetrags zugestanden. Der Militäretat wird jedenfalls langwierige Debatten veranlassen, doch ist in der Kommission die Bereitwilligkeit, das unbedingt Nothwendige zu gewähren, den sehr beträchtlichen neuen Forderungen der Militärverwaltung gegenüber unlegbar betätigt worden; es ist deshalb zu hoffen, daß es zu keinem Konflikt wegen der bestrittenen Forderungen kommt. Voraussichtlich wird das Loos der jetzigen Reichstagsession erst im Januarmonat bei der Verhandlung der Vorlage über die Verlängerung des Sozialistengesetzes entschieden. Sollten dabei die Ultramontanen und die Deutschfreisinnigen eine Ablehnung der Vorlage bewirken, so wäre eine Auflösung des Reichstages unvermeidlich. Im Falle der Annahme der Verlängerung dürfte dagegen die Reichsregierung dem Reichstage noch sehr umfangreiche Aufgaben zumuthen, die denselben bis in den Juni hinein beschäftigen würden. Die Wollzoll-Angelegenheit, die Reform der Zuckersteuer und das vielfach befürwortete Branntwein-Monopol könnten zu den Dingen gehören, welche dann der Verhandlung der deutschen Volksvertretung unterbreitet werden.

Je mehr die offiziellen österreichischen Blätter sich bemühen, die öffentliche Meinung über die Beziehungen des Kaiserstaats zu Rußland zu beruhigen, desto mehr überzeugt man sich, daß nur eine Vermittelung Deutschlands unangenehme Folgen der von den Ungarn geschürten Unzufriedenheit mit den Abmachungen von Kremser verhüten kann. Die nochmalige Absendung des Grafen Schrenkshüller an den König Milan von Serbien hat den Zweck nicht erreicht, einen definitiven Waffenstillstand zwischen Serbien und Bulgarien zu Stande zu bringen. Für die innere Politik Oesterreichs ist es bedeutungsvoll, daß die meisten Landtage im Januar forttagen, diejenigen Böhmens, Mährens und Galiziens dann erst ihre wichtigsten Beratungen vornehmen werden. In Mähren verlangen die Czechen zum Zweck einer Vermehrung ihres Einflusses eine gründliche Wahlreform, wogegen dieselben in Böhmen durch den Plener'schen Antrag auf nationale Abgrenzung der Gerichts- und Verwaltungsbezirke dieses Landes ganz aus Rand und Band gebracht sind. Dabei strebt der Antrag nichts Anderes an, als was früher der czechische Geschichtsschreiber Palacky zum Schutz für seine Landsleute verlangte, da er ein czechisches „Czechobien“ und ein deutsches „Bojerheim“ geschaffen sehen wollte. Freilich fürchtete man zu jener Zeit, daß das Großdeutschthum das kleine Czechobien erdrücken würde, während die Verhältnisse in Böhmen sich jetzt in das Gegentheil verwanbelt haben. Bei dem jetzigen Nationalitätenstreit ist es auch für Dalmatien sehr schlimm, daß der Statthalter dieser Provinz, Feldmarschall von Jovanovic, am 8. d. M. plötzlich verstarb, da dieser tüchtige Militär und Verwaltungsbeamte trotz seiner slavischen Abstammung deutsches Wesen und deutsche Sprache stets in Ehren hielt.

Graf Robilant, der neue italienische Minister des Auswärtigen, versicherte nicht nur im italienischen Parlament, daß er wie sein Vorgänger Mancini die Colonialpolitik hoch halten werde, sondern lieferte dafür auch einen thatsächlichen Beweis. Trotz des Protestes der Rforte und der Abmahnung Englands übernahm Italien die Zivilverwaltung in dem von seinen Truppen besetzten ägyptischen Hafenort am rothen Meere, Massauah, entfernte von dort die letzten ägyptischen Beamten und ließ dajelbst auch die italienische Rechtspflege einführen.

In Frankreich beschlossen die Minister, den Kongreß zur Präsidentenwahl in keinem Falle zu berufen, bevor die Kammer die Tonkin-Kredite bewilligt haben. Der durch die jetzige politische Ungewißheit den Pariser Geschäftsleuten vor dem Weihnachtsfest zugefügte Schaden ist so bedeutend, daß sich der allgemeine Unmuth gegen die Tonkin-Kommission wendet, die mit ihren Vorarbeiten gar nicht zu Ende kommen kann. Die Veröffentlichung des angeblich von dem früheren Kriegsminister Lewal zwei Kommissionsmitgliedern mitgetheilten offiziellen Berichts über den Rückzug von Langson erregt ungeheures Aufsehen. Dieser vom 25. April 1885 datirte Bericht (das Resultat der auf Befehl des Generals Briere de l'Isle von dem Generalstabsobersten Borgnis-Desbordes geführten Untersuchung) läßt nicht den geringsten Zweifel darüber zu, daß der Oberstleutnant Herbingen, vom ersten Augenblicke der Uebernahme des Kommandos an, die wahnwitzigsten Anordnungen getroffen und dadurch die Verluste des Expeditionskorps verschuldet hat.

Wie es scheint, stehen zunächst in Spanien weder karlistische noch republikanische Schilderhebungen zu befürchten. Die Konservativen beschlossen auf Anregung des bisherigen Ministers Canovas, das jetzige gemäßigt-liberale Kabinett Sagasta zu unterstützen; der Republikaner Castelar stellte jede revolutionäre Absicht in Abrede und die Karlisten sollen abwarten wollen, ob nicht ein bereits von dem König Alfons angebahnter Familien-Ausgleich beider Regentennlinien sich zu Stande bringen läßt. Der schlimmste Aufwiegler, Ruiz Zorrilla, will die auch ihm angebotene Amnestie nicht annehmen, so lange ein einziger Verbannter im Auslande bleiben müsse.

Nachdem der Ausfall der englischen Parlamentswahlen genau bekannt worden, beklagt man von den verschiedensten Seiten, daß in Großbritannien nicht mehr wie früher nur zwei Parteien sich um die Herrschaft bewerben, sondern daß es dort jetzt vier Fraktionen gibt, seitdem es die irischen Parnellites bis auf 82 Sitze brachten und auch die Arbeiterpartei mehrere Mandate eroberte. Die traurige

Thatsache, daß die Konservativen sich nur durch die Gunst der Irländer im Amt erhalten, die Liberalen aber nur durch das Erlaufen der irischen Stimmen durch weitgehende Konzeffionen an das Staatsruder gelangen können, wirkt auf alle patriotische Kreise Englands sehr niederdrückend.

Der Kaiser von Rußland ertheilte dem Vorsitzenden der slavischen Gesellschaft, dem General Durnowo, der sich öffentlich allzu scharf gegen Serbien und Oesterreich geäußert hat, einen ersten Verweis. Ebenso wurde der pan-slavistische Herausgeber des „Ruß“ Afakow verwahrt, weil er geschrieben, daß der Weg der Russen nach Konstantinopel über Wien gehe. Das Moskauer Organ des bei dem Zaren trefflich angeschriebenen Geheimrath Ratkow hat aber deshalb bisher gegen Oesterreich noch keinen freundlicheren Ton angeschlagen.

Da die Verhandlungen zwischen Serbien und Bulgarien über die Bedingungen für den Abschluß des Waffenstillstandes bisher eine Einigung nicht herbeiführen konnten, erklärte Fürst Alexander, daß er nunmehr den Mächten, insbesondere Oesterreich und Rußland, die Vereinbarung der Friedensbedingungen überlasse und von der Einsicht der Großmächte die Wahrung seiner Interessen erwarte. Das hat ihn aber nicht gehindert, seine Armee von Pirot aus weiter gegen Nißch vorrücken zu lassen, so daß ein neuer Zusammenstoß mit dem serbischen Heer unvermeidlich ist, wenn die Großmächte die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten nicht energisch verhindern.

In seiner Botschaft an den Kongreß betonte der Präsident der nordamerikanischen Union die friedlichen Beziehungen des Freistaats zu allen anderen Mächten, sprach sich aber sehr scharf gegen die Vielweiberei treibenden Mormonen aus. Die nordamerikanische Regierung konzentriert bei dem Fort Steele eine große Truppenmacht, die in der Erwartung eines Konflikts mit den Mormonen nach der Salzseestadt dirigiert werden soll, wo die Bundesbehörden in letzterer Zeit nur unter Lebensgefahr und mit größter Mühe ihre Autorität bewahrten.

Tageschau.

Freiberg, den 12. Dezember.

Der deutsche Reichstag setzte gestern die zweite Beratung des Etats des Reichsamts des Innern fort. Bei dem Kapitel über die Remunerierung der Hilfsleistungen lenkte Abg. Baumbach die Aufmerksamkeit des Hauses auf verschiedene Mängel des Fabrikinspektionswesens. Die Ausdehnung der Bezirke sei theils zu groß, in anderen Theilen Deutschlands wieder zu klein, sodas sich namentlich in den kleineren Staaten eine Zusammenlegung der Bezirke empfehlen würde. Die Verwaltung des Amtes als Fabrikinspektor als Nebenamt sei gänzlich zu verwerfen. Ein Vergleich der österreichischen Berichte mit den deutschen falle sehr zu Gunsten der ersteren aus. Vorteilhaft wäre es vielleicht, die Fabrikinspektoren zu mittelbaren Reichsbeamten zu machen. Er würde es mit Freude begrüßen, wenn endlich einheitliche Bestimmungen zur Verhütung von Krankheits- und Unfallsgefahr für das ganze Reich getroffen werden könnten. Abg. Kalle regte einen Generalbericht der Fabrikinspektoren an, wie er in England bestes, sowie auch eine alle ein bis zwei Jahre zusammen tretende Konferenz der Fabrikinspektoren. Staatssekretär von Bütticher gab eine gewisse Ungleichartigkeit der Berichte der Fabrikinspektoren zu, betonte aber, daß zur Abhilfe die Regierungen ein Rundschreiben erlassen hätten. In diesem Rundschreiben seien die Materien bezeichnet worden, die kürzer behandelt werden könnten, andere, deren ausführlichere Darstellung erwünscht sei. Es sollen ferner Ermittlungen über 10- oder 11stündige Arbeitszeit angestellt und die Beobachtungen mitgetheilt werden, welche Wirkung die längere oder kürzere Arbeitszeit auf die Arbeiter hat. Auch im Interesse der Handlichkeit und Uebersichtlichkeit der Berichte seien Anordnungen getroffen und die Regierungen seien jetzt mit dem Versuch beschäftigt, aus den verschiedenen Berichten einen Generalbericht herzustellen. Ein Zentral-Gewerbe-Inspektor für das Deutsche Reich sei nicht zu empfehlen. Der Wunsch nach einer anderen Abgrenzung der Bezirke sei besser bei den betreffenden Landesregierungen anzubringen. Leicht sei es, die Forderung zu erheben, daß gleichmäßige Vorschriften behufs Verhütung von Unfällen und Krankheiten erlassen werden sollen, aber die Ausführung sei schwierig, wenn nicht unmöglich, sogar für einzelne Betriebe, geschweige denn für die Gesamtheit derselben. Eine ganze Reihe von Verordnungen habe nichtsdestoweniger der Bundesrath schon erlassen; Schablonistren